Verstößen gegen Menschenrechte auf der Spur

Vor 20 Jahren: Geheimes Treffen in der Markusgemeinde

Bilder von der Friedlichen Revolution gingen um die ganze Welt. Doch wie war das eigentlich? In der Serie „Revolutionsgeschichte(n)" blickt die LVZ – unterstützt vom Archiv Bürgerbewegung und dem Bürgerkomitee Leipzig – auf einige Ereignisse vor 20 Jahren zurück. Heute geht es um den 17. Dezember 1988. Damals haben sich Bürgerrechtsgruppen in der Markusgemeinde getroffen.

Ihr Vorbild war die Charta 77. Das ist eine im Januar 1977 in der Tschechoslowakei veröffentlichte Petition gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes, die auch für die mit ihr verbundene Bürgerrechtsbewegung steht, die in den 1970er und 1980er Jahren zum Zentrum der Opposition wurde. Rainer Müller und seine Mitstreiter von hiesigen Untergrundgruppen orientierten sich an ihrer Arbeit, vor allem am Komitee zur Verteidigung zu Unrecht Verfolgter (Vons). Der heute freiberufliche Historiker lernte eigens Tschechisch, um die Dokumente übersetzen und letztlich vervielfältigen zu können. Müller gehört auch zu jenen Oppositionellen, die am 10. Dezember 1988 die Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR gründeten. Anlass war damals der 40. Jahrestag der Veröffentlichung der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen. Hintergrund: Der Staat DDR hatte zwar diese Erklärung sowie die UNO-Konventionen über zivile und politische Rechte von 1966 ratifiziert. Doch die Praxis sah anders aus. Wer Demokratie und Meinungsfreiheit einforderte, musste mit Zuführungen, Hausarrest, stetiger Bespitzelung, Verurteilungen zu Geld- oder Haftstrafen rechnen. Konkrete Fälle sollten nun – so das Anliegen des Aufrufes – erfasst werden.

REVOLUTIONS GESCHICHTE(N)

Oppositionelle aus der ganzen Republik trafen sich seit Sommer 1988 regelmäßig zu Sonnabendkreisen. „Ich hatte damals einmal im Monat Geburtstag. Das musste als Alibi für einen größeren Raum herhalten", erinnert sich Müller, der sein Abi auf dem zweiten Bildungsweg ablegte, lediglich am kircheneigenen Theologischen Seminar studieren durfte. Dessen Internat wurde für die geheimen Treffen genutzt, auch das Haus der Markusgemeinde, wo keine Durchsuchungen zu befürchten waren. Die Arbeitsgruppe, die den Aufruf verfasste, wurde von Bürgerrechtlern aus Berlin und Leipzig, Naumburg sowie einer Regionalgruppe Thüringen gegründet. Neben Müller arbeiteten auch die Leipziger Frank Richter, Bernd Oehler, Thomas Rudolph und Kathrin Walther am Text mit, der am 10. Dezember 1988 auf Flugblättern veröffentlicht wurde.



Foto: Tom Mayer

Rainer Müller

Wenige Tage später ging es darum, Mitstreiter zu gewinnen, um Sanktionen und Repressionen, Aufenthaltsbeschränkungen, Reiseverbote, Bildungsverweigerung, Verstöße gegen das Recht auf Gedanken- und Religionsfreiheit, unverhältnismäßige Eingriffe in die Privatsphäre sowie Berufsverbot erfassen zu können. Im Gemeindehaus in Reudnitz fand schließlich jenes geheime Treffen am 17. Dezember 1988 mit Vertretern ostdeutscher Gruppen statt, die jeweils auf persönliche, mit Kurier verbreitete Einladungen nach Leipzig anreisten. „Wir wollten Menschenrechtsverletzungen möglichst umfassend dokumentieren." Wenige Tage später, am 19. und 20. Dezember, veröffentlichten die Arbeitsgruppe Menschenrechte sowie der Arbeitskreis Gerechtigkeit die ersten Daten, die über Berlin an Westmedien lanciert worden sind. Um Delikte aufzuspüren, ging Bürgerrechtler Müller beispielsweise zu Gerichten, um Termine von den formal öffentlichen Verhandlungen auszuspähen. Das gelang oft anhand der Paragrafen, die für „politische Delikte" galten. „Selbst in Außenstellen wie dem Leutzscher Rathaus musste man erst am Pförtner vorbei. Da habe ich immer gesagt, ich will zur Mietrechtsberatung". Heimlich notierten die Oppositionellen auch die Namen der Richter – für Salzgitter, die Erfassungsstelle für DDR-Unrecht. Wenn möglich, wurden Angehörige von Verhafteten befragt.

Am Heiligabend 1988 verfassten Mitglieder der Initiativgruppe Leben außerdem einen Protestbrief an den Staatsrat und das DDR-Innenministerium. Darin wurde die Einschränkung verfassungsmäßig garantierter Rechte in der DDR kritisiert.

Mathias Orbeck

@ Die bereits erschienenen Beiträge der Reihe stehen im Internet unter www.lvz-online.de/revolutionsgeschichten

In: Leipziger Volkszeitung vom 17. Dezember 2008, S. 19.